

**Bezirksparteitag der UnterfrankenSPD
05.07.2014 Würzburg**

1 **Antrag Nr. 9**

2

3 **Antragsteller:** SPD Kreisverband Haßberge
4 stellvertr. Kreisvors. Paul Hümmer,
5 Zeiler Str. 2, 97522 Sand, Tel. 09524/1733, mail:
6 Paul.Huemmer@t-online

7

8 Adressat: SPD-UB-Parteitag Rhön-Haßberge
9 Bezirksparteitag der UnterfrankenSPD
10 Landesverband Bayern
11 SPD Parteivorstand
12 SPD Bundestagsfraktion

13

14

15

16

17 **Die Freihandelsabkommen TTIP und CETA bedroht die sozialen**
18 **Standards und die kommunale Daseinsfürsorge**

19

20 Der Bezirksparteitag der Unterfranken SPD warnt vor einer transatlantischen
21 Liberalisierungswelle, die durch mögliche Freihandelsabkommen zwischen der EU und den
22 USA bzw. Kanada eintreten könnte. Es ist positiv, dass zwischenzeitlich die Öffentlichkeit
23 sensibilisiert ist, zumal wenn es um Hormonfleisch, Chlorhuhn, Wasserversorgung oder
24 milliardenschwere Konzernklagen geht.

25

26 Die Standards für Lebensmittel, Gesundheit, Datenschutz, Umwelt oder
27 Investorenschutzklauseln sind inzwischen Themen, die breit diskutiert werden. Die
28 Bayerische Staatsregierung verspricht im Bayerischen Landtag, die kommunale
29 Daseinsvorsorge zu schützen.

30 Die Menschen in Europa müssen aber weiterhin auf der Hut sein, um die Errungenschaften
31 der kommunalen Daseinsvorsorge zu bewahren. Die sozialdemokratischen Mitglieder der
32 Bundesregierung müssen aufmerksam bleiben, damit eine Aushöhlung der kommunalen
33 Daseinsvorsorge, gerade bei Wasserversorgung oder Abwasserentsorgung, gar nicht erst
34 möglich wird. Das Recht auf kommunale Selbstverwaltung in Europa muss gewahrt bleiben.

35

36 Freihandelsabkommen können die kommunale Daseinsvorsorge gefährden. Die EU
37 verhandelt seit Juli 2013 mit den USA auch über die Liberalisierung von Dienstleistungen.
38 Zwei globale Abkommen wollen Dienstleistungen international liberalisieren. Anlass zur
39 Sorge bieten die seit Sommer 2013 laufenden Verhandlungen zwischen der EU und den
40 USA über ein Freihandelsabkommen, die Transatlantic Trade and Investment Partnership
41 (TTIP). Die EU-Kommission führt im Auftrag des Europäischen Rats die Verhandlungen mit
42 den USA. Das Mandat umfasst auch kommunal-relevante Handlungsbereiche, wie das
43 öffentliche Auftragswesen, Energiepolitik, Umweltschutz und öffentliche Dienstleistungen.

44

**Bezirksparteitag der UnterfrankenSPD
05.07.2014 Würzburg**

45

46 **Der Parteitag der SPD ist der Auffassung:**

47

48 Eine Freihandelszone mit rund 800 Millionen Einwohnern und knapp einem Drittel des
49 Welthandelsvolumens wird zweifellos die Welt verändern, gerade deshalb ist Transparenz im
50 Verfahren unerlässlich. Derzeit finden die Verhandlungen im Geheimen statt, unter
51 Ausschluss der europäischen Bürgerschaft. Diese Geheimniskrämerei weckt berechtigtes
52 Misstrauen bei den Menschen, dass Investorenprivilegien und Konzerninteressen an erster
53 Stelle stehen, während die Belange der Bürgerschaft unter den Tisch fallen.

54 Seit Frühjahr 2013 laufen Verhandlungen über ein Folgeabkommen zum WTO-

55 Dienstleistungs-abkommen GATS (General Agreement on Trade in Services), das

56 plurilaterale Abkommen über Dienstleistungen (Plurilateral Trade in Services Agreement,

57 PTiSA). Es geht um eine umfassende Liberalisierung des internationalen

58 Dienstleistungshandels. Betroffen können auch Dienstleistungen der Daseinsvorsorge, wie

59 zum Beispiel in Bildung, Kulturförderung, Gesundheit, soziale Dienstleistungen, Abwasser-

60 und Müllentsorgung, Energie, Verkehr und Wasserversorgung sein.

61

62 **Der Parteitag fordert:**

63

64 Die gesamte kommunale Daseinsvorsorge darf nicht Bestandteil der Verhandlungsmasse

65 sein und die Organisationsstrukturen der Kommunen durch das Abkommen dürfen nicht

66 angetastet werden. Die Bürgerschaft Europas darf nicht vor vollendete Tatsachen gestellt

67 werden. Die gewählten Vertreter in den Parlamenten müssen freien Zugang zu den

68 Verhandlungen bzw. zu den Unterlagen haben. Gewerkschaften und

69 Nichtregierungsorganisationen müssen Zugänge zu den Gesprächsergebnissen bekommen.

70 Geheimverhandlungen werden in aller Entschiedenheit von der SPD abgelehnt.

71 Das sogenannte Investitionsschutzabkommen als Hauptbestandteil des TTIP, welches den

72 Unternehmen weitreichende Klagebefugnisse gegenüber den Nationalstaaten einräumt, wird

73 von der SPD nicht akzeptiert. Dieses würde ausländischen Investoren Sonder-Klagerechte

74 gegen Staaten einräumen, wenn sie ihre Rendite durch nationale Gesetzesänderungen

75 geschmälert sehen.

76

77 **Die Risiken des TTIPs sind erheblich. Beim jetzigen Stand der Dinge würden sie im**

78 **Wesentlichen auf abhängig Beschäftigte und Verbraucher abgewälzt.**

79 **In der bestehenden Form schützt das TTIP die Gewinninteressen der Konzerne zu**

80 **Lasten demokratischer Institutionen und des Sozialstaats.**

81 **Das ist für die SPD inakzeptabel.**

82

83

**Bezirksparteitag der UnterfrankenSPD
05.07.2014 Würzburg**

84 angenommen Weiterleitung an: Ablehnung